

Dieter Seeger
Rathenower Parlamentarier der Weimarer Republik

Paul Szillat zum 120. Geburtstag

Paul Szillat war nach der brandenburgischen Landtagswahl am 5. März 1933 der letzte Vorsitzende seiner SPD-Fraktion. Auch in der sozialdemokratischen Reichsleitung spielte er eine wichtige Rolle. Der Beginn dieser politischen Entwicklung lag in Rathenow. Sehen wir uns sein bewegtes Leben genauer an:

Paul Szillat, geb. am 30. Oktober 1888 in Berlin, erlernt den Beruf eines Feinmechanikers. Über die Gewerkschaft kommt er zur SPD, deren Mitglied er 1910 wird. Der kompromisslose Gewerkschaftsvertrauensmann einer Berliner Firma wird 1915 zum Kriegsdienst eingezogen, 1917 „zur Arbeit entlassen“. Während der Novemberrevolution wählt ihn die Belegschaft eines Berliner Metallbetriebes zum Vorsitzenden des Arbeiterrates. Szillat geht 1919 auch in die Kommunalpolitik. Er wird Gemeindevertreter in Steglitz und Kreistagsabgeordneter in Teltow-Beeskow. Im folgenden Jahr wird er als Stadtverordneter von Groß-Berlin gewählt, legt sein Mandat aber nieder, weil er 1920 als Geschäftsführer die Führung des Metallarbeiterverbandes in Rathenow übernimmt – in einem Brennpunkt der Arbeiterbewegung und der Klassenkämpfe. Hier bewährt er sich als verlässlicher Vertreter der Arbeiterinteressen, und sein Name hat einen guten Klang bei der Mehrheit der Rathenower Metallarbeiter.

Schon 1921 stellt die hiesige SPD den bekannten Gewerkschafter als Kandidaten für den Kreistag auf. Er wird gewählt, sammelt Erfahrungen und wird noch bekannter, also bewirbt er sich 1924 auch um ein Stadtverordnetenmandat. In der SVV übernimmt er den Fraktionsvorsitz. Seine Genossen „wuchern mit dem Pfund“, er zieht 1924 auch in den Preußischen Landtag ein. Hier wird er bis 1933 wirken.

Rathenow ist eine Hochburg der Sozialdemokraten. In der Stadtverordnetenversammlung geben sie den Ton an. Also besetzen sie auch Verwaltungsposten. Paul Szillat wird 1928 Finanzdezernent der Stadt. Vier Jahre später, 1932, sorgen seine Genossen für einen weiteren Aufstieg: Szillat wird Oberbürgermeister von Brandenburg/Havel. Dort wie in Rathenow steht er auf der schwarzen Liste der Hitlerfaschisten, die den Marsch auf die Macht in Deutschland angetreten haben.

Am 30. Januar 1933 übertragen die herrschenden Kreise der Industrie und des Finanzkapitals mit Hilfe des Reichspräsidenten von Hindenburg die Reichskanzlerschaft an Hitler. Seine Minderheits- und Koalitionsregierung braucht dringend eine „demokratische Legitimation“. Hindenburg – den die SPD einstmals unterstützt hat – löst kurzerhand den Reichstag und den Preußischen Landtag auf und setzt Neuwahlen an. Da aber die Arbeiterparteien, die die „Machtergreifung“ nicht verhindern konnten, sich auf parlamentarische Mehrheiten stützen könnten, braucht man einen Ausnahmezustand mit entsprechender Beschränkung politischer Tätigkeit und eine Angstpsychose. Der Reichstagsbrand wird inszeniert, die Kommunisten als „Täter“ gejagt und praktisch verboten. Eine knappe Woche später, am 5. März, sind die Wahlen. Die Naziartei ist Wahlsieger, aber SPD und KPD sind zusammen immer noch stärker als die NSDAP.

Als der Preußische Landtag am 18. Mai 1933 zur ersten Sitzung zusammentritt, sitzt die SPD im Plenum, die Kommunisten sind verhaftet. Szillat ist Fraktionschef, der gewählte kommunistische Abgeordnete Otto Weber aus Rathenow zum Beispiel wird von den SA- und SS-Leuten der „Hilfspolizei“ im Rathenower Polizeigefängnis gequält. Szillat tritt ans Rednerpult und begründet im Namen seiner Partei die Ablehnung von Hitlers Ermächtigungsgesetz für Preußen. Der NSDAP-Abgeordnete Wilhelm Kube, Gauleiter von Brandenburg, später berüchtigter Generalkommissar für Weißrußland (dort von Partisanen getötet), brüllt Szillat an: „Sie haben es noch nicht begriffen, dass Ihre Aufgabe zweierlei enthält: sich zu schämen und zu schweigen!“ Für die Nazis ist das Maß voll. Das „demokratische Mäntelchen“ muß weg!

Paul Szillat steht mitten in den Auseinandersetzungen innerhalb der SPD-Reichsleitung. Beharren auf Legalität und Nutzung der parlamentarischen Möglichkeiten für den politischen Kampf gegen die Nazis oder – wie die KPD – Übergang in die Illegalität? Als der zentrale Vorstand nach Prag geht, um die Tätigkeit von außen zu leiten, bildet sich im scharfen Streit der Inlandsvorstand unter Paul Löbe. Zu den sechs Mitgliedern gehört auch Paul Szillat. Löbes Standpunkt ist, „die Sozialdemokratie diene im Inland ihrer Sache mehr“. Franz Künstler meint, „die Flucht führender Genossen“ habe „bei den Arbeitern Empörung ausgelöst“. Georg Schmidt erklärt sogar, „Emigrationspolitik ist eine Politik der Feigheit“. Noch am 19. Juni hält die „Löbe-SPD“ eine Reichskonferenz in Berlin ab. Die Stimmung gegen die Parteimitglieder im Exil ist „sehr gereizt“, und Löbe rechtfertigt seine Linie damit, dass Otto Wels (SPD-Vorsitzender) am 23. März 1933 im Reichstag das „Angebot der loyalen Zusammenarbeit“ an die NS-Regierung gerichtet habe. Die Rest-Fraktion hätte am 17. Mai mit den Nazis gestimmt. Darum erklärt die Konferenz den Exil-vorstand für abgesetzt und wählt anschließend ein „rein arisches“ (!) Führungsgremium. Aber das ist blinder Aktionismus, letztlich Opportunismus. Die Handelnden begreifen erst später, wie sie sich selbst ins Aus manövriert haben.

Als drei Tage später das SPD-Verbot verkündet wird, sind alle Illusionen, aber auch alle Handlungschancen dahin. Paul Szillat wird wie die anderen des Löbe-Vorstandes festgenommen. Johannes Stelling, früherer Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, wird bei der Köpenicker Blutwoche von der SA bestialisch ermordet, Erich Rinner gelingt die Flucht nach Prag. Szillat wird ins KZ Oranienburg deportiert, wo die von der SPD bekämpften Kommunisten schon länger leiden.

Für Paul Szillat fängt nun ein Prozeß der Besinnung an. Die Kommunisten, denen auch er in der Rathenower SVV manche Redeschlacht geliefert hat, die er geringgeschätzt hat, deren einzelne er auch verachtet hat, die immer unterhalb der Augenhöhe von Sozialdemokraten waren – sie geraten ins Blickfeld als vorher verschmähte, nun aber zwingende Verbündete im Kampf gegen die Faschisten. Auch das „Prager Manifest“ des Exilvorstandes vom 20. Januar 1934 trägt dieser Erkenntnis Rechnung: „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus“. Die Analyse eigenen Versagens zwingt in die „Einheitsfront mit Kommunisten und oppositionellen Linksrufen“, die „Einigung der Arbeiterklasse zu einer neuen revolutionären Partei“ wird zum „zentralen Programmpunkt“. Löbliche Vorsätze, die aber sehr bald keine Bedeutung mehr haben.

Paul Szillat wird im August 1933 aus dem KZ entlassen und steht unter Polizeiaufsicht. Er findet Arbeit als Geschäftsführer (andere Quelle: Lagerverwalter) einer Firma in Berlin-Tempelhof und wohnt nun in Rathenow, Fritz-Perl-Str. 12 (Immanuel-

Kant-Str.). Um die Ecke, zwei Häuser weiter, wohnt sein Gegner aus der SVV, Otto Weber, in der Emil-Muth-Str. 8, (Humboldtstr.), der 1936 aus dem Gefängnis kommt. Ob sie Kontakt miteinander hatten? Szillat hält Verbindung zu seinen SPD-Genossen. Treffpunkt ist seine Berliner Wohnung. Man diskutiert die eingeschleusten Publikationen der SPD-Auslandsleitung und gibt sie weiter. Die illegale Tätigkeit wird nicht entdeckt.

Nach der Befreiung vom Faschismus setzt der sowjetische Stadtkommandant Szillat zunächst als stellvertretenden Landrat (unter Karl Gehrman, KPD, ebenfalls Gegner in der SVV der Weimarer Jahre), ab Juni 1945 dann anstelle von Arthur Neumann (KPD) als Oberbürgermeister von Rathenow ein.

Paul Szillat ist ein ausgezeichnete Verwaltungsmann. Seine Erfahrungen setzt er sofort beim Neuaufbau der Stadt und der Gesellschaft um. Er wird ein entschiedener Verfechter der Vereinigung von SPD und KPD. Im SPD-Landesvorstand wirkt er mit Friedrich Ebert, Georg Spiegel, Kurt Schöpflin und anderen für die inhaltliche Klärung mit den Mitgliedern und die organisatorische Vorbereitung der Einheitspartei. Er ist 1946 Delegierter des Vereinigungsparteitages zur Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Dort erstattet er den Bericht der Statutenkommission und wird in den paritätisch zusammengesetzten Parteivorstand der SED gewählt. 1946 wird er Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission. Ebenfalls 1946 erringt er ein Mandat für den brandenburgischen Landtag.

Als Oberbürgermeister baut er für die schwierige Nachkriegszeit seinen Verwaltungsapparat auf und entwickelt eine neue Form transparenter Verwaltungsarbeit. Er legt halbjährig öffentlich Rechenschaft über die Arbeit seiner Behörde ab, zuerst im Kino „Bellevue“, später wechselnd in Rathenower Betrieben. Freie Aussprache und Kritik sind ausdrücklich gefordert. Jede Stadtverordnetenversammlung schließt mit öffentlicher Aussprache: „Der Bürger hat das Wort.“

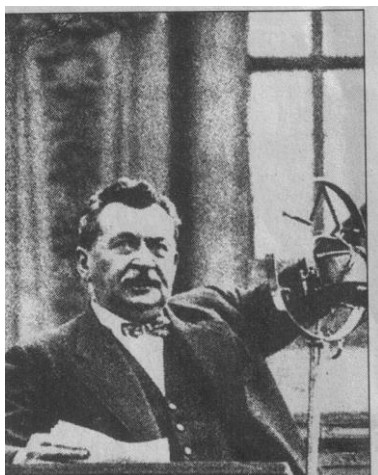
Szillat wehrt sich jedoch vergeblich gegen die Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typus“. Er bleibt bis zuletzt einsamer Mahner im Parteivorstand. Das Modell einer „marxistisch-leninistischen Kampfpartei“ nach dem Muster der KPdSU wird in einem „Kampf um die Einheit und Reinheit der Partei“ eingeführt, aber die Übernahme des „Stalinismus“ entspricht nicht den Vorstellungen einer Reihe von Sozialdemokraten wie Paul Szillat. So verurteilt die SED-Spitze den „Sozialdemokratismus“ als feindliche Strömung. Szillat gerät ins Visier der „Parteireiniger“. In einem intriganten Prozess wird er aus der SED ausgeschlossen.

Um ihn auch als Oberbürgermeister zu demontieren, wirft man ihm Wirtschaftsverbrechen vor. Am 27. Juni 1950 – fast auf den Tag genau 17 Jahre nach seiner Verschleppung ins KZ – werden Szillat, sein Sohn Hans und andere Kommunalfunktionäre verhaftet. Der Landtag hebt die Immunität des 62-Jährigen auf. Am 13. November 1951 verurteilt das Gericht Paul Szillat zu acht, seinen Sohn zu vier Jahren Zuchthaus.

1955 ermittelt Szillats Ehefrau in Lübeck den „Zeugen“ der Anklage, den das Hamburger Landgericht wegen Meineides verurteilt. Ein Jahr später erlässt Präsident Wilhelm Pieck eine Amnestie, Paul Szillat kommt frei. Enttäuscht vom Staat auch seiner früheren Hoffnung und zutiefst verletzt verläßt er die DDR und stirbt am 17. Oktober 1958 in Westberlin. 1990 werden Paul und Hans Szillat von der Schiedskommission

der PDS rehabilitiert, das Gerichtsurteil wird kassiert. Die Ehre ist wiederhergestellt, das Unrecht kann damit nicht wieder gut gemacht werden.

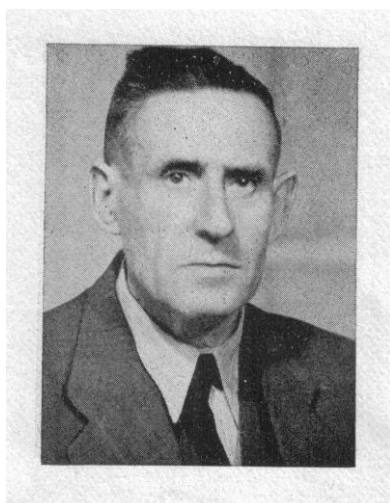
Die Stadt Rathenow sollte einen symbolträchtigen Schritt tun:
Der Name Paul Szillat als antifaschistischer Kämpfer gehört auf den Gedenkstein im Ehrenhain des Rathenower städtischen Friedhofs.



Otto Wels



Paul Löbe



Paul Szillat



KZ Oranienburg (alte Brauerei)

Konzentrationslager
Oranienburg
Polizeiabteilung
Oranienburg Sammel-Str. 2911-13

Oranienburg, den 9. August 1933
Berliner Straße

Tagbuch-Nr. _____
Betreff: Szillat, Brandenburg.

Erklärung!

Die Behandlung meiner Person im Lager Oranienburg hat zu Beschwerden meinerseits keinen Anlass gegeben.

P. Szillat

Z. d. A.

Quelle: BfLHA, Rep. 350, KZ Oranienburg, 37/1, Bl. 37a.

Ehrenerklärung für die SS/SA? Am 31. Juli war Szillat in Bunkerhaft gekommen. Seiner Frau wurde er „braun und blau geschlagen vorgeführt“.

Quelle: BfLHA, Rep. 35 C, KZ Oranienburg, 3/31, Bl. 379.

P. Szillat

Paul Szillat

III B.

Dem Kommandanten, v. 29. Juli 1948
 ich aus dem Lager Oranienburg mit:
 Kopfen senden. Die Entlassung wurde
 jedoch verweigert, da eine Kriegsverurteilung
~~besteht~~ mich betrifft; aber, die Entlassung
 ist mir zu geben: „Lasse dich von einem
 Kommando, für mich eine Organisation geben
 das Lager.“ Ich würde darauf für mich
 keine Gefahr.

Ich bitte die Kommandanten
 die Entlassung ist mir zu geben. Bei
 meiner Verurteilung ist es
 nicht möglich für mich, für mich ist
 gesagt, daß ich entlassen werden soll:
 „Lasse dich von einem Kommando.“
 Daraufhin entgegnete mir der Ober
 angeführte: „Du sollst nicht werden, die
 dich geht.“ Ich war sehr sehr
 sehr mit niemandem zusammen
 ist nicht der Fall, in dem
 das gefährliche Gefährlichste
 Kommando Entlassung verweigert.

Im Sinne
 Kommando Kommandanten
 nicht möglich für mich
 sehr sehr

Aus der KZ-Akte: Szillat weist gegenüber dem Lagerführer Schäfer die Beschuldigungen zurück, die zu seiner Bunkerhaft geführt hatten.



Szillat spricht auf einer Maikundgebung in Rathenow (um 1948)